

Weißeritz-Zeitung

Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. U.

Älteste Zeitung des Bezirks

Bezugspreis: Vierteljährlich 1,50 Mk. ohne Porto. — Einzelne Nummern 20 Pf. — Fernsprecher: Amt Dippoldiswalde Nr. 3. Gemeindevorstands-Konto Nr. 3. — Postcheckkonto: Dresden 12548.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Dippoldiswalde

Anzeigenpreise: Die sechsgelbte Feilzeile 50 Pf., außerhalb der Amtshauptmannschaft 75 Pf., im amtlichen Teil (nur von Behörden) die Zeile 200 Pf. — Eingeladene und Reklamen 200 Pf.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Jehne. — Druck und Verlag: Carl Jehne in Dippoldiswalde.

Nr. 2

Dienstag den 4. Januar 1921

87. Jahrgang

Bekanntmachung, betreffend die Entrichtung der Umsatzsteuer für das Kalenderjahr 1920 und der erhöhten Umsatzsteuer für das 4. Vierteljahr 1920.

Auf Grund des § 144 der Ausführungsbestimmungen zum Umsatzsteuergesetz werden die zur Entrichtung der Umsatzsteuer verpflichteten Personen, die eine selbständige gewerbliche oder berufliche Tätigkeit ausüben, die Gesellschaften und sonstigen Personenvereinigungen im Bezirk der unterzeichneten Finanzämter aufgefordert, die vorgeschriebenen Erklärungen über den Gesamtbetrag der steuerpflichtigen Entgelte im Jahre 1920 und über den Gesamtbetrag der erhöht steuerpflichtigen Entgelte im 4. Vierteljahr 1920 bis spätestens Ende Januar 1921 schriftlich einzureichen und zwar die Steuerpflichtigen aus den Landgemeinden — mit Ausnahme der in Heidenau wohnhaften — an das zuständige Finanzamt, die Steuerpflichtigen aus den Städten an die Stadträte oder Bürgermeister und die Steuerpflichtigen aus Heidenau an den dortigen Gemeindevorstand. Die erforderlichen Angaben können an den vorstehend bezeichneten Amtsstellen auch mündlich erstattet werden.

Der Präsident des Landesfinanzamtes Dresden hat unterm 18. Dezember 1920 — Nr. 1696 E 12 — verordnet, daß die Verwaltung der Umsatzsteuer und des Warenumschlagstempels vom 1. Januar 1921 ab auf die Finanzämter übertragen wird, soweit Landgemeinden und selbständige Gewerbebezirke in Frage kommen. Die Stadträte der Städte mit der revidierten Städteordnung und die Bürgermeister der übrigen Städte und im Bezirke des Finanzamtes Heidenau auch die Gemeinde Heidenau behalten die Verwaltung der Umsatzsteuer und des Warenumschlagstempels auch weiterhin. Für Reichs- und Staatsbetriebe ist das Finanzamt Dresden-N. zuständig.

Als steuerpflichtiger Gewerbebetrieb gilt auch der Betrieb der Land- und Forstwirtschaft, der Fischerei und des Gartenbaues sowie der Bergwerksbetrieb. Die Absicht der Gewinnerzielung ist nicht Voraussetzung für das Vorliegen eines Gewerbebetriebes im Sinne des Umsatzsteuergesetzes. Auch Angehörige freier Berufe (Klergie, Rechtsanwälte, Notare, Schriftsteller, Künstler usw.) sind steuerpflichtig ebenso Arbeiter, Angestellte und Gelehrte, die neben ihrer sonstigen Tätigkeit selbständig Geschäfte machen.

Auch Kleinbetriebe sind steuerpflichtig; eine Steuerbefreiung für Betriebe mit nicht mehr als 3000 M. Umsätze besteht nach dem Umsatzsteuergesetz vom 24. Dezember 1919 nicht mehr.

Die Steuer wird auch erhoben, wenn und soweit die steuerpflichtigen Personen usw. Gegenstände aus dem eigenen Betriebe zum Selbstgebrauch oder Verbrauch entnehmen.

Als Entgelt gilt in letzterem Falle der Betrag, der am Orte und zur Zeit der Entnahme von Wiederverkäufern gezahlt zu werden pflegt.

Die Entrichtung der Erklärung kann durch erforderlichenfalls zu wiederholende Ordnungsstrafen bis zu je 500 M. erzwungen werden. Umwandlung in Haft ist zulässig. Wer meint, zur Erfüllung der Anforderung nicht verpflichtet zu sein, hat dies dem Umsatzsteueramt rechtzeitig unter Darlegung der Gründe mitzuteilen (§ 202 der Reichsabgabenordnung).

Das Umsatzsteuergesetz bedroht denjenigen, der über den Betrag der Entgelte wesentlich unrichtige Angaben macht und vorzüglich die Umsatzsteuer hinterzieht, oder einen ihm nicht gebührenden Steuervorteil erschleicht, mit einer Geldstrafe bis zum 20fachen Betrage der gefährdeten oder hinterzogenen Steuer oder mit Gefängnis. Der Versuch ist strafbar.

Zur Entrichtung der schriftlichen Erklärung sind Vordrucke zu verwenden. Bis zu zwei Stück können von jedem Steuerpflichtigen bei den unterzeichneten Finanzämtern oder bei den Gemeindebehörden kostenlos entnommen werden.

Steuerpflichtige sind zur Anmeldung der Entgelte verpflichtet, auch wenn ihnen Vordrucke zu einer Erklärung nicht zugegangen sind.

Bei Nichterreichung einer Erklärung, die im übrigen durch eine Ordnungsstrafe geahndet werden kann, ist das Finanzamt befugt, die Veranlagung auf Grund schätzungsweise Ermittlung vorzunehmen.

Dippoldiswalde und Heidenau, am 27. Dezember 1920.

Die Finanzämter.

Auf Blatt 67 des hiesigen Handelsregisters, die Firma Mühlenbauanstalt und Maschinenfabrik vorm. Gebrüder Sock, Aktiengesellschaft, Zwoiglnoderlassung Eisenwerk Schmiedeburg betr., ist heute eingetragen worden: Procura ist erteilt dem Karl Derschow in Kleinmachwitz. Er darf die Gesellschaft nur mit einem Vorstandsmitglied oder mit einem anderen Prokuristen vertreten.

1 A. Reg. 96a/20.

Amtsgericht Dippoldiswalde, am 30. Dezember 1920.

Bekämpfung der Obstbaumschädlinge.

Zwecks Durchführung einer wirksamen allgemeinen Bekämpfung der Obstbaumschädlinge in hiesiger Stadt werden alle Besitzer und Pächter von Obstbaumgärten und sonstigen Obstanlagen hierdurch aufgefordert, bis zum 8. ds. Mts. in der Polzeiwache anzuzeigen, wiewohl Obstbäume sich in ihren Gärten bez. Anlagen befinden.

Die Bekämpfung erfolgt durch Beauftragte des Stadtrates. Die Kosten, die voraussichtlich 50 Pf. für einen Baum betragen werden, fallen den Besitzern bez. Pächtern der Obstanlagen zur Last.

Im allgemeinen wirtschaftlichen Interesse werden die Beteiligten gebeten, die vorzunehmenden Maßnahmen nach Möglichkeit zu unterstützen und vor allem zunächst die Meldungen rechtzeitig zu bewirken.

Dippoldiswalde, am 2. Januar 1921.

Der Stadtrat.

Bethmann-Hollweg †.

Berlin, 2. Januar. Herr v. Bethmann-Hollweg ist nach kurzem Krankenlager in der Nacht zum 1. Januar verstorben. Der frühere Reichsfanzler veranlaßte noch am letzten Mittwoch seinen Gutsangestellten ein Fest, dem er selbst beiwohnte und auf dem er sich offenbar keine Krankheit (Grippe mit doppelseitiger Lungenentzündung) zugezogen hat. Am Freitag mußte er sich, da sich ein heftiges Fieber eingestellt hatte, zu Bett legen, und der behandelnde Arzt erklärte, daß wenig Hoffnung für die Erhaltung des Lebens vorhanden sei. Im Laufe des Sonnabends steigerte sich das Fieber und der Patient verlor gegen Mittag das Bewußtsein. Da die Herzaktivität immer mehr nachließ, versuchte man durch künstliche Belebung die Blutzirkulation zu heben, jedoch ohne Erfolg. Gegen 2 Uhr nachts trat die Herzstillheit ein und Herr v. Bethmann-Hollweg verschied, ohne das Bewußtsein wieder erlangt zu haben. Hans Doorn ist telegraphisch von seinem Tode benachrichtigt worden. Die Beisetzung findet am Mittwoch in der Familiengruft statt.

Theobald v. Bethmann-Hollweg wurde am 29. November 1856 auf Hofenslow (Kreis Oberbarnim) als Sohn des Wirklichen Geheimen Rats v. Bethmann-Hollweg geboren. Er besuchte die Schule in Schulpforta und studierte in Straßburg, Leipzig und Berlin 1876 bis 1879 die Rechte. 1879 bestand er das Referendar-Examen und wurde Referendar am Kammergericht. Dann ging er zur Verwaltung über. In seinem Heimatkreise Oberbarnim war er seit 1886 Landrat, wurde 1896 in Potsdam Oberpräsident, 1899 Regierungspräsident von Bromberg, lehrte aber nach nur dreimonatiger Wirksamkeit auf diesem Posten als Oberpräsident der Provinz Brandenburg nach Potsdam zurück. 1890 war er als Kandidat der Reichspartei in den Reichstag gewählt worden, hatte aber kein Mandat, da es angefallen wurde, niederzulegen. Am 20. März 1905, nach dem Tode des Freiherrn v. Hammerstein, wurde er Minister des Innern für Preußen. Schon 1907 trat er von dieser Stellung zurück, um des Reiches Staatsminister für Inneres an Stelle Poladowitzys zu werden. Zwei Jahre später, 1909, brachte ihn der Rücktritt des Fürsten Bismarck die Ernennung zum Präsidenten des preussischen Staatsministeriums, Minister der auswärtigen Angelegenheiten und Reichsfanzler.

Derliche und Sächliche

Dippoldiswalde. Nun ist ein neues Jahr da, ein neues Jahr, aber mit den alten Sorgen! Vielen Gemeinden bringt es auch ein mehr oder weniger „neues“ Stadtverordneten-Kollegium; Dippoldiswalde ein „mehr“ neues, dazu einen neuen Bürgermeister, aber auch mit den alten Sorgen, deren größte ohne Zweifel die Geldfrage ist. Wie groß sie für uns ist, wissen wir noch gar nicht, weil der Haushaltsplan noch fehlt. Diese Arbeit hinterließ die „alte Regierung“ der neuen als wohl die dringendste; wenn auch gewisse Vorarbeiten getan worden sind, auch bezüglich der so wichtigen Beschaffung von Deckungsmitteln. So hat man z. B. zwei Grundsteuertermine mit zusammen 50 Pf. pro Einheit erhoben und zwar als vorläufige Zahlung, was die Möglichkeit freiläßt, für die Monate Januar bis März, die ja noch zum Rechnungsjahr gehören, bei Bedarf weitere Grundsteuer zu erheben. Weiter wurde noch in letzter Minute die Besteuerung des reichsreformierten Einkommens beschlossen. Dieser Beschluß mußte noch im alten Jahr der Oberbehörde mitgeteilt werden, wollte man die Steuer in diesem Rechnungsjahre überhaupt erheben. Es war also nicht möglich, das Ergebnis der Haushaltsplanberatungen abzuwarten und den sich dabei ergebenden Bedarf zu decken. Man mußte sich schon jetzt entscheiden. Diese Steuer ist in den Gemeindeparlamenten eine der umstrittensten wegen der Grenzen, bis zu welchen Einkommen freigelassen werden sollen. Hauptächlich sind es die sozialdemokratischen Gemeindevorsteher, die diese Maßnahme hoch angelegt wissen wollen, was nicht selten in auffälligem Widerspruch steht mit einer gewissen Bewilligungsbereitschaft bei den Ausgaben. Man und für sich muß gesagt werden, diese Zusatzsteuer ist eine große Härte; es ist und bleibt bedauerlich, daß auf sie überhaupt zugeworfen worden muß. Daß das aber der Fall ist, beweist uns nur aufs neue unser große Armut, in diesem Falle die schwierige Finanzlage der Gemeinden. Auch man aber diese schwierige Finanzlage als Ursache anzuerkennen, so ist es Pflicht der Gemeindevorsteher, unter allen Umständen Mittel zu deren Befreiung zu schaffen. Und da die Schwierigkeiten, das heißt die Bedürfnisse große sind, müssen auch die Mittel entsprechend sein. Mit Steuern, die wenig einbringen, ist da allein nichts zu machen. Eine Steuer, die größere Beträge ergibt, wenn die Befreiungs-

grenze nicht allzu hoch gestellt wird, ist aber unbestritten die Heranziehung des reichsreformierten Einkommens. Und deshalb ist es notwendig, darauf zuzugreifen, wenigstens solange, als man nicht einen gleichgewichtigen Ersatz nennen kann. — Ja, wir sind eben arm geworden, wenn auch viele immer noch nicht begreifen wollen. Und wer weiß, welche Ueberraschungen der Haushaltsplan uns bringt.

Es hat einmal eine Zeit gegeben — zwar nicht schon lange her — da man Christi Geburt am 25. März und Neujahr zu Ostern feierte. Diese Zeit scheint dem Wettergott in den letzten Tagen durch den Kopf gegangen zu sein und ihn ganz aus dem Konzept gebracht zu haben. Mehr als 10° Wärme und dazu einen lebenden Schneemäntel — ein Pflanzenauge! Das ist doch alles Mögliche am 2. Januar.

Heute, am 3. Januar, findet abends 1/2 7 Uhr die diesjährige Einweisung der Stadtverordneten im Rathhause statt. Die Einweisungsfesterei ist öffentlich. Anschließend erfolgt, ebenfalls in öffentlicher Sitzung, die Wahl der Vorsteher und Schriftführer und die Belegung der Ausschüsse. Nach der Sitzung werden sich die städtischen Körperschaften und anwesende Jüdder zu einem zwanglosen Beisammensein im Gasthof zum roten Hirsche versammeln. Die vor dem Arzte ablich gewesene sogenannte „gelbe Suppe“ fällt auch diesmal aus.

Der Stadtrat beschließt im ganzen Stadtbezirk eine allgemeine Bekämpfung der Obstbaumschädlinge durchzuführen und fordert durch amtliche Bekanntmachung Anzeigen über die in den einzelnen Gärten und Anlagen vorhandenen Obstbäume. Die geplante Maßnahme ist heute, wo wir auf die Obstertagnisse mehr als je angewiesen sind, im wirtschaftlichen Interesse zweifellos nur zu begrüßen. Die Bekämpfung soll durch ein zweimaliges Besprühen der Obstbäume mit 10prozentiger Karbolineumlösung erfolgen. Sie findet durch vom Stadtrate beauftragte Sachverständige statt. Die Kosten werden anteilig auf die Beteiligten umgelegt nach Maßgabe der Zahl der vorhandenen Obstbäume und werden verhältnismäßig niedrig sein.

Dippoldiswalde. Bei der hiesigen Sparrasse erfolgten im Monat Dezember vor. Ja. 697 Eingabungen im Betrage von 443613 Mark 48 Pf., dagegen wurden 658 Rückzahlungen im Betrage von 457399 Mark 75 Pf. geleistet.

Dippoldswalde, 2. Januar. Die heute ob. fünfzig Jahren stattgefundenen Einweisung der Stadtverordneten hatte eine besondere Bedeutung um deswillen, weil erstmalig eine direkte Wahl durch die wahlberechtigten Bürger selbst erfolgt und infolgedessen das gesamte Kollegium neu gewählt war.

— Vom 1. Januar ab wird keine sachliche Behörde irgendwelche Briefe oder Postsendungen noch annehmen, wenn sie nicht genügend freigelegt sind. Die Reichsbehörden verfahren ebenso. Auch für den amtlichen Verkehr mit den Reichsbehörden ist die bisher übliche gebührenfreie Verleitung als „Reichspoststempel“ abgeschafft worden. In Postverkehr aller Behörden mit den Reichsbehörden müssen daher sämtliche Briefe und Postsendungen von beiden Seiten freigelegt werden.

Dresden. Dem Landtage ist eine Regierungsvorlage zugegangen, durch welche die Zustimmung des Landtages eingeholt wird, daß der zwischen Sachsen und den ehemaligen Fürstentümern Ansb. u. R. und Reg. J. U. über den Anschluß der Fürstentümer an das Sächsische Oberverwaltungsgericht abgeschlossene Staatsvertrag wegen des Anschlusses des Landes Reg. an das sächsische Oberverwaltungsgericht Jena unter dem 31. März 1921 gelöst wird.

— Ein Fall, der einer gewisse Komik nicht entbehrt hat sich hier abgespielt. Die der Stadt Dresden gehörige Dr. Gony-Sitzung, der das Haus in der Breiten-Straße gehört, hat dem darin untergebrachten sächsischen Miet-einigungsamt die Wohnung gekündigt. Da das Miet-einigungsamt aber eine neue Wohnung noch nicht verleiht, wird es wahrscheinlich über sich selbst abstimmen müssen, ob es seine Räume behalten darf.

Dresden. Das Gesamtministerium hat in seiner Sitzung vom 30. Dezember 1920 beschloffen, folgende Gesetze dem Reichstag zum Finanzgesetz für das Jahr 1920 beizulegen, 1. den Entwurf eines Gesetzes, einen Nachtrag zum Finanzgesetz für das Jahr 1920 betreffend, 2. den Entwurf über eine weitere Verlängerung der Waidauer der Mitglieder des Bundeskulturrates und des Ausschusses für Gartenbau beim Bundeskulturrat, 3. den Entwurf eines Gesetzes über die Zuständigkeit des Vormundschaftsgerichts für Volljährigkeitserklärungen, 4. den Entwurf eines Gesetzes für die Aufhebung des Gesetzes, die Befugnis zur Ausschreibung lärmiger Abgabepflichtiger von öffentlichen Vergnügensorten betreffend, vom 21. April 1884.

Zschachwitz. Das Ortsgericht über die Bereinigung der Gemeinden Zschachwitz und Spoditz hat die obersteinständige Genehmigung gefunden. Die Bereinigung der beiden Orte zu einer Gemeinde unter dem Namen Zschachwitz trat somit am 1. Januar 1921 in Kraft.

Zeithain. Eine ergreifende Frier wurde kürzlich in der Kirche zu Zeithain abgehalten. Superintendent Siebig ordnete den Kandidaten der Theologie M. Endler zum Hilfsprediger am Fühlingslager des Roten Kreuzes in Zeithain. Dieses Lager gibt etwa 2500 Deutschen Unterkunft, die zum Teil in Russland anlässlich gewesen, von den Russen bei Beginn des Krieges nach Sibirien verschifft und nun nach Deutschland abgehoben worden sind. Die meisten sind aus guten Verhältnissen herausgerissen und zu völlig armen Menschen gemacht worden.

Stemma. Die hiesige privilegierte Schützengesellschaft hat ihren Schützenhof, den sie seit 22 Jahren in Besitz hat, an Fr. Bergmann aus Leipzig verkauft, der weiterhin die Schützengesellschaft auf ihm betreiben wird. Der Schützenhof bleibt im Besitz der Gesellschaft und der neue Besitzer überträgt jährlich auch die Festspiele der Gesellschaft gegen eine Vergütung zur Abhaltung des Schützenfestes.

Leipzig. Der Mangel an Christbäumen am Heiligen Abend auf dem heiligen Christbaummarkt hat den städtischen Parksanlagen großen Schaden zugefügt. So wurden aus den Stadtparks eine Anzahl Eiblikannen und Kiefern, sowie Arzonen von Eiblikannen und Fichten gestohlen.

Sachsen. Hier wurde in der Fachschule das neue gerichtliche Spielzeugmuseum eröffnet. Die von dem Reichsanwalt, Prof. Seifert, seit 1914 zusammengestellte Sammlung älterer und neuerer Spielzeuge, hat eine Bereicherung durch die dem Museum angekauften „Plattner-Härtel-Sammlung“ erfahren. Das Museum ist in seiner jetzigen Zusammenstellung das einzige „Spielzeug-Museum“ im ganzen Sachsenlande.

Sachsenstein, Callenberg. In der letzten Stadtverordnetenversammlung wurde beschlossen, jedem Kinde nach Vollendung des 1. Lebensjahres ein Sparkassenbuch mit 3 M. Einlage zu stellen.

— Im benachbarten Mühlen St. Niclas verzichteten die Gemeindevorstandsmitglieder mit Rücksicht auf die miltliche Lage der Gemeindegrenzen einmütig auf die ihnen bezahlbaren Tagelöhner.

Delitzsch, L. W. Am Donnerstag sind etwa 50 Arbeiter und Arbeiterinnen der hiesigen Porzellanfabrik plötzlich in den Auslands getreten. Die Fabrikleitung teilt dazu mit, daß sie einen Arbeiter entlassen habe, weil er zwei Tage ohne Entschädigung und ohne Grund der Arbeit ferngeblieben war. Die von den anderen Arbeitern geforderte Wiederbeschäftigung wurde verweigert, worauf die Leute die Arbeit niederlegten.

Großschönau. Die hiesige frühere Konsumbäckerei ist an D. Hufe und Wante verpachtet worden, die eine Schenkungsbüchlein darin errichten wollen. Dadurch würde ein neuer Industriezweig in unserem Orte eingeführt werden.

Sohlau. Traurige Begebenheiten waren hier der Familie Ernst Schöne beschieden. Ihr Sohn Hermann, der in der Grube „Victoria“ in Senftenberg in Arbeit steht, wollte nach Arbeitschluß mit einem Arbeitskollegen das Werk verlassen, um nach Hause zu fahren. Sie benutzten dazu einen an der Staatsbahn dahin führenden Weg. Als eine entgegenkommende Lokomotive sehr viel überhölligen Dampf abließ, traten beide auf das danebenliegende Geis der Verlehnung, das in demselben Augenblick ebenfalls eine Lokomotive passierte und beide erlöste. Während der Begegnung Schöne schwer verletzt, aber lebend davonglitt, wurde Schöne auf der Stelle getötet. Er war unverheiratet.

Die neueste Entwaffnungskrise.

Um die Auflösung der Sicherheitspolizei.
Kürzlich acht Tage nach Eingang des Note des Generals Rollet über die Auflösung der Elpo überreichte die Reichsregierung den Wortlaut des Schriftstückes der Öffentlichkeit. Zugleich wird die vorläufige deutsche Antwort mitgeteilt, in der die unberechtigten Vorwürfe der Entente-Kontrollkommission die verdiente Zurückweisung erfahren.

Die Forderungen der Kontrollkommission.
In der Ententenote führt General Rollet in einer auffallend scharfen Tonart Klage darüber, daß die Interalliierte Kontrollkommission zwei Monate nach Ablauf der für die Auflösung der Sicherheitspolizei bestimmten Frist noch immer nicht im Besitze aller Verfügungen ist, die die beteiligten Länder des Reiches behufs dieser Auflösung zu erlassen hatten. Außerdem habe sie keine Kenntnis davon erhalten, daß irgend eine Ausführmassnahme zur Anwendung der ihr mitgeteilten Verfügungen getroffen worden wäre.

Dann wird in der Note in ziemlich aufreizender Sprache weiter ausgeführt:

„An keiner Stelle des Reiches hat die Kontrolle festgestellt, daß die Aufhebung der Sicherheitspolizei durchgeführt oder auch nur im Gange wäre. Sie hat im Gegenteil festgestellt:

„daß die gegenwärtige Ordnungspolizei nichts anderes ist, als die Sicherheitspolizei, verkleidet um einen Teil der früheren „blauen Polizei“;

„daß die Stärke der Polizei in Zivilkleidung eine Vermehrung erfahren hat, die sich nach den Bestimmungen des Artikels 162 des Friedensvertrages nicht rechtfertigen läßt.“

Die Interalliierte Kontrollkommission nimmt Akt von der

Verletzung des Friedensvertrages

und der Note von Vonnogne, die sich aus den oben wiedergegebenen Tatsachen ergibt.

„Sie bezieht sich, das Verlangen zu stellen, daß die Sicherheitspolizei sofort vollständig aufgelöst wird, und daß die Gesamtschärfe der Beamten und Angestellten der verschiedenen Arten von Polizei auf das Maß zurückgeführt wird, das sich aus der Anwendung der Bestimmungen des Friedensvertrages ergibt.“

General Rollet stellt schließlich das Verlangen, daß sobald wie möglich der Kommission mitgeteilt werde der Bestand aller Polizeibeamten und Angestellten in Zivil und Uniform nach Klassen geordnet, der in den verschiedenen Staaten des Reiches einverleibt im Budget von 1913 und andererseits im Budget von 1920 vorgesehen ist.

Der Protest der deutschen Regierung.

Unter Vorbehalt einer eingehenden Beantwortung hat das Auswärtige Amt die in der Note des Generals Rollet enthaltenen Vorwürfe sofort mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen. In der vorläufigen deutschen Antwort heißt es:

„Im Namen der deutschen Regierung protestiere ich gegen die Behauptung, daß Deutschland die Bestimmungen des Vertrages von Versailles und der Note von Vonnogne über die Polizei verletzt habe. Die deutsche Regierung erhebt Anspruch auf eine gerechtere Beurteilung.“

Die deutsche Regierung stellt ausdrücklich fest, daß sie die grundlegenden Verfügungen und die Durchführungsvorgaben erst nach langwierigen Verhandlungen mit der Kontrollkommission ausgearbeitet werden könnten. Die getroffenen Anordnungen entsprechen nach Ansicht der deutschen Regierung in jeder Hinsicht dem Friedensvertrag und der Note von Vonnogne. Wie wenig die Behauptung, daß die gegenwärtige Ordnungspolizei nichts anderes als eine noch verstärkte Sicherheitspolizei sei, den Tatsachen gerecht werde, ergebe sich aus der Verurteilung, die in der öffentlichen Meinung durch die tiefeingreifenden Reorganisationsmaßnahmen hervorgerufen worden sei. In weiten Kreisen sei die Befürchtung entstanden, daß die Polizei in der neuen veränderten Gestalt ihren Aufgaben nicht gewachsen sein würde.

Der Botschafterkonferenz ist eine deutsche Note übermittelt worden, in der gegen die Unterstellung protestiert wird, daß Deutschland den Friedensvertrag in der Polizeifrage verletzt habe. Die deutschen Botschafter sind angewiesen worden, die Angelegenheit mündlich mit den Regierungen der Entente-Länder zu besprechen.

Gegen die Notensamsterei.

Eine Gefahr für das Reich.

Die Notensamsterei arbeitet Tag und Nacht, um immer neue Papiermillarden herzustellen. Aber wie in einem Hause ohne Boden versinken die neugedruckten Umlaufsmittel. Ein großer Teil wandert ins Ausland, ein anderer verschwindet in den Hamsterverstecken des Inlandes. Der Reichsbankpräsident Hagensien hat die Summe des im Ausland befindlichen deutschen Papiergeldes auf 20 Milliarden, die im Inlande gehaltene Summe auf etwa 10 Milliarden Markt geschätzt. Stillesticht ist diese Summe noch zu niedrig gegriffen.

Die Folgen dieser Notensamsterei liegen klar zutage. Im Verkehr mit dem Ausland versinkt das deutsche Geld an Wert. Alle verhängnisvollen Erscheinungen treten ein, die sich an den Niedergang der deutschen Baluta knüpfen. Ausserauf des deutschen Besitzes, Verhinderung der Einfuhr der uns so notwendigen Lebensmittel und Rohstoffe.

Für das Inland bedeutet diese Entwicklung ein Herabsinken vieler Schichten in Elend und Not. Ferner fehlen die versteckten Summen in den großen Sammelbecken der Volkswirtschaft: Banken, Sparkassen und Genossenschaften. Erst wenn es diesen Instituten zugeht, kann das Geld nützlich wirken. Niemand möge sich einbilden, er entgeht dem Verhängnis, wenn unsere Wirtschaft zusammenbricht. Darum heraus mit dem gehamsterten Papiergeld!

Die Uniform der Hunderttausend.

Als neue „Bekleidungsordnung“.

Der Reichspräsident hat eine Verordnung, die am 1. Januar 1921 in Kraft getreten ist, erlassen, worin die neuen Uniformen für die uns in Stärke von 100 000 Mann von der Entente belassene Reichswehr näher bezeichnet werden. Sämtliche Uniformen weisen Veränderungen von der früheren Bekleidung des deutschen Heeres auf.

Die Grundfarbe ist selbsteben geblieben, weil sich diese Farbe tatsächlich gut in dem großen Kriege bewährt hat. Die Kopfbedeckung ist ebenfalls die kriegerische, nämlich der Stahlhelm geblieben. Neben dem Stahlhelm dürfen aber auch Mützen getragen werden. Im übrigen ist bei den neuen Uniformen im Gegensatz zu den früheren Friedensuniformen mehr auf die Bequemlichkeit Rücksicht genommen. Das Ärmelstück, oben wie es in der neuen Bekleidungsordnung heißt, das abnehmbare Schulterstück ist im Gegensatz zu den früheren Bestimmungen wieder eingeführt worden, wohl aus dem Grunde, weil die Ärmelstücke wenig Anlauf gefunden hatten. Der Mantel wird zweifelhig sein und hat Schulterklappen bzw. Schulterstücke wie der Rock; am Kragen befinden sich keine Abzeichen.

Die einzelnen Waffengattungen und die Beamten der Reichswehr unterscheiden sich durch Waffenfarben. Diese sind für das Reichswehrministerium und den Generalstab karminrot, für die Infanterie weiß, Jäger hellgrün, Kavallerie gelblich, Artillerie hochrot, für die Pioniere schwarz, für die Fahrtruppen hellblau, für die Kraftfahrtruppen rosa, für die Nachrichtenstruppen hellbraun, für die Sanitätsabteilungen dunkelblau, für die Veterinärabteilungen karminrot, für die Zeugwartler hochrot und für die Beamten dunkelgrün. Die Beamten tragen noch Nebenfarben je nach ihrer Zugehörigkeit zu den einzelnen Behörden. Die Nummer des Truppenteils befindet sich auf der Mitte des Schulterstücks oder der Schulterklappe, und zwar für Offiziere aus gelbem Metall, für Unteroffiziere vom Feldwebel aufwärts aus weisem Metall, für Fähnriche, Unteroffiziere ohne Portepee und Mannschaften aus Wolle in der Waffenfarbe.

Dienstgradabzeichen sind bei den Oberfeldwebeln 1, bei den Gefreiten 2, bei den Obergefreiten 3 Treppenwinkel (selbsteben) auf dem linken Oberarm. Unteroffiziere tragen die silberne Tresse am Rockkragen und an den Schultertragen. Die Dienstgradabzeichen der Offiziere bleiben im wesentlichen dieselben wie bisher. Die Mützen von Offizieren und Mannschaften weiß aber der Reichswehr eine rote Farbe in den Farben der Bandmannschaft auf, der der Truppenteil angehört. Durch besondere Abzeichen soll im Reichsheere die Erinnerung an die früheren deutsche Armeewachgehalten werden. Als Schlieffenszeichnung werden grüne Borten auf der vorderen Seite des linken Kammelschlages getragen. Friedensorden dürfen im Dienst nicht getragen werden, sondern nur im Kriege erworbene Orden und Ehrenzeichen, sowie Rettungsmedaillen, Bewundertenabzeichen, Dienstehrenzeichen, Dienstauszeichnungen und Kriegerabzeichen.

Unter den Ausrüstungsgegenständen fällt der Helm (Tschako) in Zukunft weg. Die Handschuhe sollen allgemein graue Farbe haben. Die Seitenwaffe des Reichsheeres ist einheitlich für alle Waffengattungen das kurze Seltengewehr. Offiziere und Portepeunteroffiziere dürfen jedoch im Kleindienst und außer Dienst das lange Offiziersseitengewehr untergeknallt tragen. Die Kavallerie kann außer Dienst den Artilleriefeld tragen.

Aus wirtschaftlichen Gründen sollen alle zur Selbstkleidung verpflichteten Angehörigen des Reichsheeres Bekleidungs- und Ausrüstungsstücke des früheren Heeres aufbrauchen dürfen, wenn sie diese Stücke im früheren Heere tragen durften und die Abzeichen der neuen Uniform an ihnen angebracht sind.

Die Abrüstung Deutschlands.

Ein gemeinsamer Schritt der Alliierten.

Nach Empfang der deutschen Antwort auf die Polizeinote der Entente und im Anschluß an die Schritte der deutschen Staatsmänner bei den Ententebotschaftern in Berlin hat die Botschafterkonferenz die alliierte Militärkommission in Versailles beauftragt, einen Bericht über die bisherige Ausführung der Bestimmungen des Versailler Vertrages über die Entwaffnung vorzulegen. Auf Grund dieses Berichtes soll dann gemeinsam von den alliierten Regierungen ein endgültiger Beschluß gefaßt werden.

Wie diese Entscheidung ausfallen wird, kann man sich nach der letzten Ententenote lebhaft vorstellen. Die französische Presse, die nach der zeitweiligen, anscheinend von amtlicher Seite gewünschten Zurückhaltung während der Brüsseler Konferenz jetzt wieder die heftigsten Angriffe gegen Deutschland richtet, deutet bereits an, wie die Sache ausgehen soll. Sämtliche Blätter geben sich der Hoffnung hin, daß Frankreich unter keiner Bedingung in der Abrüstungsfrage ein Entgegenkommen zeige. Die Alliierten müßten einfach Deutschland den Plan der Entwaffnung und der Wiedergutmachungen vorlegen, auf den sie sich im Voraus geeinigt haben. Sie müssen Termine setzen und die Strafmaßnahmen angeben.

Die Pariser Presse teilt ferner mit, daß der französische Ministerpräsident Delcassé den deutschen Botschafter empfangen habe. Ueber das Ergebnis der Unterredung berichtet die amtliche Havasagentur, es sei anzunehmen, daß der Ministerpräsident den Botschafter auf Gefahren aufmerksam gemacht haben dürfte, die für Deutschland entstehen könnten, wenn er in seiner Opposition gegen den Vertrag von Versailles und gegen die Abmachungen von Spa beharren sollte. Der letzte Versuch der Reichsregierung, die Frage der Entwaffnung an die Verhandlungen über die Wiedergutmachungen zu knüpfen, würde keinen Erfolg bei den Alliierten haben.

In Paris trägt man allerdings noch Bedenken, ob England und Italien ebenso energig auf der Entwaffnung bestehen wie Frankreich. Man erwartet jedoch von Lloyd George, daß die Abrüstungsfrage in Spa mit großer Entschiedenheit vertreten habe, auch diesmal den gleichen festen Willen und daß er endlich

seine Zustimmung zu dem Einmarsch der Franzosen in das Ruhrgebiet geben wird.

Von deutscher Seite ist bisher alles Menschenmögliche zur Erfüllung der Abrüstungsverpflichtungen getan worden. Die Abmachungen von Spa, wonach die Reichswehr bis zum 31. Dezember auf 100 000 Mann herabgesetzt werden soll, ist bereits vor dem Termine erfüllt worden. Auch die Entwaffnungsaktion ist zum großen Teil durchgeführt. Die Sicherheitspolizei, die Einwohnerwehren und Selbstschutzorganisationen sind nach den Anordnungen der Entente ihres militärischen Charakters entkleidet worden. Was will man noch mehr von uns? Soll etwa durch Geldentwertung und unbefugte Forderungen endlich der Konflikt heraufbeschworen werden, der den Ententemachtvollziehern einen willkommenen Vorwand zur Besetzung des Ruhrgebietes und vielleicht auch zu einer neuen Diktat in der Wiedergutmachungsfrage geben soll?

Das Ende der Zarenfamilie.

Die „Deutsche Tageszeitung“ erzählt von ihrem aus Sowjetrußland zurückgekehrten Mitarbeiter bemerkenswerte Einzelheiten über den Mord an der Zarenfamilie. Nach seinen von einem an dem Mord beteiligten Kommissar eingeholten Informationen wurde die Zarenfamilie nach anfänglicher Verbannung nach Sibirien zu vollständiger Isolation an die Zentral-Sibirien des Uralgebietes übergeben. Dort sagte man den Entschluß, die Zarenfamilie umzubringen, damit nicht gegenrevolutionäre Elemente durch die Befreiung des Zaren den bolschewistischen Staat in Gefahr setzten. Dem Zaren und den Seinigen wurde mitgeteilt, daß man in Anbetracht der unsicheren Verhältnisse sie in eine andere Stadt bringen wolle, und daß sie sofort folgen müßten. Man brachte sie in den Keller des bewohnten Gebäudes, und, noch bevor sie voneinander Abschied nehmen konnten, trachten durch das Kellergewölbe die Revolvergeschosse, welche diejenigen bestimmeten machten, denen noch vor Monaten begeisterte Massen zugejubelt hatten. Jar Nikolai hatte ausgelebt, die Henserkugel hatte gut getroffen. Kessel, der Thronfolger, ein kranker Knabe, hing trotz seiner physischen Leiden jäh am Leben. Ein halbes Dutzend Augen mußte er empfangen, bevor er verschied. Ein verborgenes Massengrab nahm alle Leichen auf; verscharrt wurden sie ohne Kreuz. Nur des Zaren Leiche wurde nicht in Uralerde gebettet. Auf Befehl von Moskau hin wurden die irdischen Überreste des Zaren in einem sorgsam verschlossenen Behälter unter Beobachtung der strengsten Geheimhaltung aus Jekaterinenburg nach Moskau in den Kremi gebracht. Dort wurde dann die Leiche als die des russischen Zaren Nikolai des Zweiten untrüglich festgestellt und daraufhin mehreren zuverlässigen Kommissaren zur Verbrennung in einem der Kremliöfen übergeben. Zwei Tage dauerte ununterbrochen diese Prozedur.

Auch des Kaisers Bruder, Michail Alexandrowitsch, welchen Jar Nikolai zu seinem Nachfolger bestimmt hatte, mußte möglichst unauffällig beseitigt werden, erkrankte er sich doch beim Volke größter Popularität. Eines Nachts erschien in der Behausung des Großfürsten eine Schar von Männern, welche ihn aufforderten, sofort zu folgen. Sie bemächtigten sich des Großfürsten mit Gewalt, schleppten ihn auf die Straße hinunter, wo eine Anzahl gefesselter Pferde bereitstand, und fort sprenge die ganze Kavalkade aus der Stadt heraus in den Wald, wo der präsumtive Thronfolger des russischen Zarenreiches seinen Tod und seine bis zum heutigen Tage unbekannt gebliebene Grabsstätte fand. Die Ermordung des Großfürsten erfolgte mit vollem Einverständnis der „Außerordentlichen Kommission“, der seine Ueberführung anbertraut war.

Zur Wahrung des Ansehens ihrer Nichtbeteiligung am Mord setzte die Außerordentliche Kommission eine Verfolgung der Entführer in Szene, die als seine Anhänger gekleidet wurden und die ihn nach Sibirien gebracht haben sollten, um von dort aus den Feldzug gegen Sowjetrußland zu unternehmen. Die Täuschung ist den Mördern voll und ganz gelungen. Noch heute, zwei Jahre nach dem Mord, glaubt man in Rußland und anderwärts an Michail Alexandrowitsch als an den künftigen Herrscher Rußlands.

Politische Rundschau.

Berlin, 3. Januar 1921.

Der Parteivorstand der U. S. P. D. hat in einem Telegramm an die ungarische Regierung gegen die Verurteilung der ungarischen Volkskommissare zu Todes- und Zuchthausstrafen schärfsten Protest erhoben.

In Anbetracht der gespannten politischen Lage hat der Parteivorstand der U. S. P. im Reichstag den Reichspräsidenten ersucht, den Reichstag sofort einzuberufen.

Beschleunigung der Kohlensozialisierung. In seiner Sitzung vom 21. ds. Mts. hatte das Reichskabinett beschlossen, wenn möglich, noch im Januar dem Reichstag einen Entwurf über die Sozialisierung des Kohlenbergbaues vorzulegen. Der Reichswirtschaftsminister war beauftragt worden, den Sozialisierungsausschuß des vorläufigen Reichswirtschaftsrats um Beschleunigung seiner Arbeiten zu bitten, damit die Ergebnisse der Beratungen noch für die Aufstellung des Entwurfes benutzt werden könnten. In Ausführung dieses Auftrages hat der Reichswirtschaftsminister an den Vorsitzenden des Sozialisierungsausschusses ein Schreiben gerichtet, in dem er von der Absicht des Kabinetts Mitteilung macht und ihn ersucht, auf Beschleunigung der Arbeiten des Beratungsausschusses zu wirken. Der Sozialisierungsausschuß des vorläufigen Reichswirtschaftsrats hat zu Anfang dieses Monats seine Beratungen in Essen vertagt, um Zeit zu gewinnen für die praktische Durcharbeitung eines neuen Gedankens, der erst im Verlaufe dieser Verhandlungen aufgetaucht war.

Der Eisenanteil des abgetretenen Nord-Schleswigs. Tabas meldet aus Paris: Die Reparationskommission gibt bekannt, daß Dänemark am 25. Dezember der Reparationskommission 65 Millionen Goldmark übergeben hat. Diese Summe stellt den Anteil des an Dänemark abgetretenen Nord-Schleswigs dar; 1 an der deutschen Schuld nach dem Stand von 1914, 2. den

Anteil an der Schuld des deutschen Bundesstaates, zu dem dieses Gebiet gehörte, ebenfalls nach dem Stand vom 1. August 1914, und 3. den Wert der Güter und sonstigen Eigentums des Deutschen Reiches.

Der Verkauf der Invalidenmarken. Zur Erhöhung der Invalidenversicherungsbeträge teilt das Reichsarbeitministerium mit: Der Reichstag hat am 18. Dezember ein Gesetz über eine außerordentliche Beihilfe für die Empfänger von Renten aus der Invalidenversicherung in drei Besungen einstimmig angenommen, um die anerkannt große Notlage der Invalidenrentner so rasch wie möglich zu lindern. Die Mittel sollen ab 20. Dezember durch Verkauf der Invalidenversicherungsmarken zum doppelten Nennwert aufgebracht werden. Der frühe Zeitpunkt gewählt werden, um das Ankaufen und das Hamstern mit Marken zum einfachen Preise zu verhindern. Das Gesetz wird sehr im „Reichsanzeiger“ bekanntgegeben; Anfang Januar erscheint es auch im Reichsgesetzblatt. — Daß die Bestimmungen eines Gesetzes bereits vor seiner Verkündung in Kraft gesetzt werden, ist wohl mehr als ungewöhnlich.

Die Regierung zur Abstimmungsfrage in Oberschlesien. Ueber die Beantwortung der neuen Note der Entente haben, wie der Berliner Vertreter der „Frankfurter Zeitung“ hört, eingehende Beratungen im Auswärtigen Amt stattgefunden, an denen auch Vertreter der preussischen Regierung beteiligt waren. Wenn man auf deutscher Seite jetzt wohl oder übel damit rechnen muß, daß die Abstimmung in Oberschlesien an verschiedenen Tagen für anfällige oder nichtanfällige Abstimmungsereignisse stattfinden wird, so wird man wenigstens versuchen müssen, alle Garantien von der Gegenseite zu erlangen, die auch bei der zeitlich getrennten Stimmenabgabe eine freie und unbefangene Abstimmung und eine einheitliche Feststellung des Abstimmungsergebnisses gewährleisten.

Die Urabstimmung der Eisenbahner. Die von der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten und -angewandter angeordnete Urabstimmung über die eventuelle Anwendung des Streiks bei Ablehnung der von den Verbänden gestellten Forderungen ist beendet worden. Das abschließende Ergebnis der Abstimmung ist jedoch erst in einigen Tagen zu erwarten, da die Abstimmungsziffern der einzelnen Bezirke zunächst dem Gesamtvorstande der Reichsgewerkschaft in Berlin übermittelt und hier ausgeglichen werden. Man darf sich jedoch schon jetzt keinem Zweifel darüber hingeben, daß die übergröÙe Mehrheit der Stimmberechtigten sich für die Anwendung des Streiks zur Durchsetzung der Eisenbahnerforderungen ausgesprochen hat. Nach den bisherigen Meldungen aus dem Reiche haben vielerorts, so z. B. in Nürnberg und Bitterfeld, mehr als zwei Drittel der Abstimmungsberechtigten für den Streik gestimmt.

Trauerfeier für Karl Legien. Am Freitag vormittag ist der verlebene erste Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes Karl Legien zu Grabe getragen worden. Der Gedächtnisfeier im Gewerkschaftshaus wohnten u. a. der Reichspräsident Ebert, der preussische Ministerpräsident Hirsch und der ehemalige Ministerpräsident Scheidemann bei. Die Gedächtnisrede hielt der ehemalige Reichswirtschaftsminister Willifell. Nach der Feier setzte sich der riesige Leichenzug nach dem Friedrichsfelder Friedhof in Bewegung, wo Legien neben Kuer, Singer und Liebknecht seine letzte Ruhestätte fand.

Klara Zetkin wieder in Berlin. Die deutsche Kommunistin Klara Zetkin, die, obwohl ihr von Frankreich die Einreiseverweigerung verweigert wurde, plötzlich auf dem sozialistischen Parteitag in Tours erschienen war und nach ihrer Rede sofort wieder verschwand, ist bereits wieder in Berlin. Es ist ihr möglich gelungen, auf demselben geheimnisvollen Wege die Rückreise zu bewerkstelligen. — Inzwischen wurde in der französischen Kammer die Anfrage an die Regierung gerichtet, wie es sich erklärt, daß Klara Zetkin trotz verweigerten Passes nach Frankreich kommen und hier für die bolschewistischen Theorien Propaganda hat machen können. Bei der Besprechung der Anfrage versetzte sich der Abgeordnete Ballat zu folgender gewagten Gegenüberstellung: „Unsere siegreichen Soldaten haben es verstanden, die „Verta stumm zu machen“, hoffen wir, daß es/gelingen werde, auch die „Klara zum Schweigen zu bringen.“

Rundschau im Auslande.

England: Kongreß der britischen Arbeiter. Der in London zusammengetretene Kongreß der britischen Arbeiterpartei, der sich ursprünglich mit der irischen Frage befassen sollte, hat eine Entscheidung angenommen, in der die Regierung aufgefordert wird, so schnell als möglich einen Plan zur Besehung der Arbeitslosigkeit aufzustellen. In einer zweiten Entscheidung wird verlangt, daß die Regierung sofort eine Unterföhrung von 40 Schilling wöchentlicher für arbeitslose Männer und von 25 Schilling wöchentlicher für arbeitslose Frauen bewilligen soll, wozu noch Anreizzulagen kommen sollen. Es wurden ferner Entscheidungen angenommen, in denen die Aufnahme der Handelsbeziehungen mit Sowjetrußland und die Gewährung eines angemessenen Kredits für die mitteleuropäischen Staaten gefordert wird. — In Swansea ist zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern der Eisenblechbranche ein Abkommen getroffen worden, durch das die Löhne um 30 Prozent herabgesetzt werden; von der Lohnherabsetzung werden 27 000 Arbeiter betroffen.

Stallen: Das Ende des Winter Abenteuers. Wie die Stefani-Agentur meldet, überreichen die Vertreter von Stume in Abbazia dem italienischen Kommandanten die schriftliche Annahme der Bedingungen, wonach d'Annunzio die Legionäre ihres besondern Elites ihm gegenüber zu entsindnen und ihre Organisation aufzulösen habe. Die italienische Regierung wird den Legionären amnestie gewähren, ausgenommen denen, die nach der letzten Warnung zu d'Annunzio übergingen. Die Vertreter von Stume gedenken aus den aus Stume gebürtigen Legionären ein Polizeikorps zum Schutz der Wahlen zu bilden. Man glaubt, daß d'Annunzio sich ins Ausland begeben wird. Trotz der Wassertrübe griffen einzelne Gruppen von Legionären die Regularien an und verwundeten mehrere. Die letzten Nachrichten aus Stume haben in ganz Italien große Beunruhigung hervorgerufen, da nunmehr auch Italien endlich seine Ruhe finden und für seinen Wiederaufbau sorgen kann.

Vereinigte Staaten: Ueberrufung des bolschewistischen Geschäftsträgers.

Die amerikanische Regierung hat bekanntlich dem Vertreter der russischen Sowjetregierung in New York, Max Teasdale, den Ausweisungsbefehl überreicht. Jetzt hat Teasdale den bolschewistischen Geschäftsträger ersucht, mit seinem Personal sofort nach Rußland zurückzukehren und alle mit amerikanischen Firmen eingegangenen Verpflichtungen für nichtig zu erklären. Der russische Volkskommissar begründet diese Anweisungen mit der feindseligen Haltung der amerikanischen Regierung, die eine „wirtschaftliche Zusammenarbeit“ unmöglich gemacht habe.

Soziales.

Der Reichstaxi im Bankgewerbe endgültig abgeschlossen. Nach siebenstündigen Verhandlungen im Reichsarbeitministerium wurde der am 9. Dezember gefällte Schiedsspruch, dem die Bankleitungen nur bedingt zustimmten, angenommen, nachdem die Angestelltenorganisationen — der Deutsche Bankbeamten-Verein und der Allgemeine Verband der deutschen Bankangestellten — sich mit dem von den Bankleitungen verlangten Einschränkungen einverstanden erklärt hatten.

Aus Stadt und Land.

Verhängnisvoller Irrtum. Eine Räuberbande hatte im benachbarten Pechau (bei Magdeburg) einen Ueberfall auf ein Gehöft geplant. Die Kriminalpolizei hatte davon Kenntnis erhalten und das Gehöft umstellt. In der Dunkelheit wurde bei der Durchsuhung des Gehöfts ein Schafereibesitzer, der die Kriminalbeamten für die Eindbrecher hielt und auf sie geschossen hatte, von den Kriminalbeamten, die ihrerseits diesen für einen Eindbrecher hielten, erschossen. Die Bande selbst hatte Zeit zu entfliehen, wurde aber in Magdeburg ermittelt und festgenommen.

Die Unruhe in Oberschlesien ist in den letzten Tagen derart gestiegen, daß für die nächste Zeit, wenn nicht schleunigst durchgreifende Maßnahmen getroffen werden, in Oberschlesien das schlimmste befürchtet wird. Donnerstag nachmittag überfiel eine Bande von 12-15 Mann das Haus des Bergältesten Woltach in Radzionkau in der Absicht, das Haus auszulündern. Hierbei wurde Woltach erschlagen und der Sekretär derart verprügelt, daß er starb. Die Tochter des Bergältesten wurde erschossen und der Wächter aufschwerste mißhandelt.

Kleine Nachrichten.

Generaldirektor Heinlein vom Norddeutschen Lloyd hat nach 14-jähriger Tätigkeit seinen Posten niedergelegt. Die Zoologische Gesellschaft Hamburg hat ihre Auflösung beschlossen. Ein Liquidator wurde ernannt und ermächtigt, den Versuch zu machen, den Zoologischen Garten zu erhalten.

Bolschewistischer Straßenschmud.

Eine Nachricht aus Konstantinopel vom 23. 12. berichtet, daß der italienische Lloyd-Dampfer „Baron Bede“ von einer Fahrt nach Sewastopol, wohin er mit Ladung für die Bolschewisten gefahren war, hierher zurückkehrte. Die Mannschaft war von dem Anblick menschlicher Leichen, die an den Laternenpfählen und Telegraphenstangen in den Hauptstraßen Sewastopols hing, so erschrocken, daß sie den Kapitän zwangen, sofort wieder in See zu stechen. Auf der Rückreise nahm der Dampfer ein kleines Boot mit Flüchtlingen auf, die grauenvolle Einzelheiten von der Schreckensherrschaft der Bolschewisten erzählten. Nach der Befragung der Stadt stellten die Mitglieder des Arbeiterkomitees die Einwohner massenweise in das Gefängnis. An Stelle geheimer Hinrichtungen ging die außerordentliche Kommission dazu über, die Verurteilten an Säulen, Telegraphenstangen usw. vor aller Öffentlichkeit aufzuhängen. Es ist festgestellt, daß über 8000 Personen hingerichtet wurden. In der ganzen Stadt herrschen Krankheiten. Die Prostration ist auf ein Blutleerwerden herabgesetzt worden.

Da sich die Besatzung eines Dampfers im allgemeinen nicht aus Jöglingen eines weitabgeschlossenen Knabenalumnates zusammensetzt, sondern aus Männern, die wohl in der Wehrzahl dem Grauen und Entsetzen des hinter uns liegenden Weltkrieges ins Antlitz gesehen haben und gegen derartige Einbrüche naturgemäß abgestumpft sind, so kann man ermesen, wie die Bolschewisten in Sewastopol gehaßt haben müssen, wenn der Eindruck des Straßensbildes die Seeleute zum Umkehr veranlaßte.

Sächsisches.

Glauchau. Die Mieter rühren sich! In einer außerordentlich hart besetzten öffentlichen Mieterkonferenz verlangten nach einem instruktiven Vortrag des Stadtrats Oberpostsekretär Drauke zwei Entschlüsse zur Annahme, in denen der Stadtrat ersucht wird, 1. das Mietkautionsgesetz anzuwenden, bei Verzögerung des Mietzins für drei Kubikmeter umbauten Raumes nicht das doppelte zu erheben, sondern der Miets die Befreiung von dem doppelten zugrunde zu legen, 2. eine Mietordnung zu erlassen, welche die Vermieter verpflichtet, über sämtliche ihnen durch die Verwaltung ihrer Grundstücke erwachsenen Kosten genau Buch zu führen und vor Instandsetzungen, zu deren die Mieter herangezogen werden sollen, deren Zustimmung eingeholen.

Letzte Nachrichten.

Die ersten englischen Kohlen in Deutschland. Berlin, 30. Dez. In Swinemünde lief als erster englischer Kohlendampfer „Engver“ mit einer Ladung Elektrokohlen aus Schottland ein. Die Kohlen sind für die Stettiner Hedwigshütte bestimmt.

Anerkennung König Konstantins durch England, Italien und Amerika. Basel, 31. Dez. Die Schweizer Zeitung „Paris“ meldet: Die Gesandten Englands, Amerikas und Italiens in Wien erhielten die Anweisung, den unmittelbaren Verkehr mit der Regierung des Königs Konstantin aufzunehmen. Damit wird die Anerkennung Konstantins durch England, die Ver-

einigen Staaten und Italien formell erklärt. Frankreich hat einen gleichen Entschluss bisher noch nicht getroffen.

Die Verminderung der Reichswehr.

Berlin, 31. Dez. Wie das „S. T.“ hört, ist die Verminderung der Reichswehr auf 100 000 Mann und 4000 Offiziere heute vollendet. Da aber etwa 10 000 Feststellen in der Reichswehr vorhanden sind, so beträgt ihre Stärke vorläufig nur 90 000 Mann.

Glück und Segen zum Jahreswechsel

wünschen Ihren werten Kunden, Freunden und Bekannten
Otto Büttner und Frau
nebst **E. Göhler, Reinholdshain.**

Kasino Höckendorf.

Donnerstag, 6. Januar

KASINO.

Anfang 5 Uhr.

Ab 2 Uhr Generalversammlung.
Erscheinen aller Mitglieder erwünscht.

Achtung!

Fahrrad-Hilfsmotore

„D. K. W.“

(Das kleine Wunder)

Einige Motore sind wieder eingetroffen und können sofort montiert werden. Jeder Interessent kann sich an einem vollständig gelegten Motor von der Stabilität und wirklich dauerhaften Arbeit überzeugen.

Mit Auskünften und Referenzen siehe ich jederzeit ganz unverbindlich zur Verfügung.

Bernh. Koch,

Dippoldiswalde, Bahnhofstraße 19 E.

Tel. 181.

Warnung!

Ich warne hiermit Jeden vor Weiterverbreitung des unwahren Gerüchts gegen mich, da ich jeden gerichtlichen verlan gen werde.

Hulda Dietrich.

Mädchen,

wenn möglich mit etwas Kochkenntnissen, zum 15. Januar oder 1. Februar gesucht.

Ritzsche, Herrngasse.

Junge Frau sucht Beschäftigung in Näh- u. Kleiderarbeiten
gleich welcher Art. Off. unter M. S. an die Geschäftsstelle d. Bl.

Zu verkaufen:

zwei Schütteln, Dachpappe, Zier, Asphalt, Mauerziegel, Putz, Sand, Weislaß.

H. Göhler, Ulberndorf.

Baby

lernt leicht laufen, wenn als stark. leichte Einreibung der Beinmuskeln und Sehen Dr. Busleb's extra stark. Venita-Frang-Daunntwein angewendet wird. 3. P. : Drog. u. Elefant, Kommisch, Drog. Hermann, Schmiedeburg.

Hand

zu verkaufen. Gasthof Obermünnersdorf.

Einem ich.

Minorfahahn

verkauft Eisen, Hefenschänke.

Traverschleifen
bedruckt schnell die Buchdruckerei Carl Jehne in Dippoldiswalde

Lippen Mahls

Dienstag 4. Jan. abends 8 Uhr im Amtshof

außerordentliche Hauptversammlung.

Sängerkor des Militärvereins.

Dienstag den 4. Januar Singstunde

Erscheinen aller dringend notwendig. D. S.

Geflügelzüchterverein

Dienstag, den 4. abends 8 Uhr

Berammlung

im Schützenhause. Da Bewertung von Kasseieren stattfindet, ist zahlreiches Erscheinen erwünscht. Der Vorstand.

Viele Mädchen für Privat und Landwirtschaft

somit oder später gesucht durch **Albert Zönschen, Reinholdshain.**

Montag und folgende Tage

frisch geschlachtetes

Fleisch

und verschiedene

Wurst

empfiehlt

Wohlschlächtere S. Lieber.

Eine Fahrt Besenreisig

hat abgegeben. Höckendorf Nr. 54.

Einem Truthahn gegen Henne verkauft

Walter Körner, Talmühle Beerwalde.

Herzliche Glück- und Segenswünsche zum Jahreswechsel

Allen werten Kunden, Freunden und Bekannten

Arthur Buttler und Frau, Fleischermeister.

Tanz-Unterricht.

Neue Anfänger-Kurse beginnen:

Gasthof Höckendorf
Dienstag den 4. Januar abends 8 Uhr.

Gasthof Schmiedeburg
Freitag den 7. Januar abends 8 Uhr.

Wertgeschätzte Anmeldungen am genannten Abend daselbst erbeten. Die allerneuesten Tänze werden mit gelehrt. Honorar 50 Mark. Dauer 3 Monate. Um zahlreiche Beteiligung bittet

hochachtungsvoll
Ernst Pöthig, Tanzlehrer, Deuben, Wehrstr. 19.

2 Schlosserlehrlinge 1 Dreherlehrling 1 Lehrling für mein tech. Büro,

welcher sich als Zeichner ausbilden will, sucht für Ostern 1921

Maschinenfabrik Dippoldiswalde

E. Böhme, Dippoldiswalde.

Nicht schlaff werden

Können Menschen, die sich der schmerzlosen Selbstbehandlung durch

Wohlmuths elektro-galvanischen Apparat

unterziehen. Nervenerkrankungen, Schlaf, Gicht, Rheumatismus usw. werden gründlich und rasch beseitigt. Probeführung und Schriften kostenlos durch Rich.

Friedel, Niederfrauenhof bei Dippoldiswalde, Generalvertreter v. G. Wohlmuth & Co., A.-G., Dresden-V.

Herzlichen Dank

für die vielen Beweise der Liebe und Teilnahme beim Begräbnis unseres aller geliebten Gatten und herzensguten Vaters, des Herrn

Emil Richard Zexter.

Besonderen Dank seinen lieben Beamten und Mitarbeitern sowie dem Holzarbeiter-Verband, der Garten-Gemeinschaft „Süd“, dem Arbeitspersonal des Herrn Baumeister Ritzsche, desal. Herrn Superintendent Michael für seine tröstlichen Worte an heiliger Stätte. Das alles hat unseren wunden Herzen wohlgetan.

Dippoldiswalde, den 3. Januar 1921.
In tiefster Trauer:
Margarete Zexter, geb. Fischer, und Kinder.

Ein gebr. Sekretär, eins Plüschgarnitur,

best. aus Sopha, 2 Fauteuilles, 4 Polsterstühle, zu verkaufen. **Malter Nr. 26.**

Wollige Damen-

Klausch-Mäntel
Kostüme, Kleider
Kindermäntel
Blusen, Röcke
Boll-Sportjaden
Stoff- und Seiden-
Kleider
Damenwäsche
Pelzwaren
Herren-Anzüge
Mäntel, Paletots
Hosen, Zoppen
verkauft äußerst
billig

Dresdner Spezial-Kleider-Magazin

Dresden-A.

Töpferstr. 1

1. Etage, kein Laden

Restaurant „Gambrinus“.

Viel Glück und Segen im neuen Jahr

wünschen allen Ihren lieben Gästen, Freunden und Bekannten

E. Goltner und Frau.

Meiner werten Rundschaff die herzlichsten Glückwünsche zum neuen Jahre!
Otto Feller und Frau,
Dippoldiswalde.

Herzlichsten Glück- und Segenswünsch

unser werten Rundschaff
Arthur Körner und Frau
Talmühle bei Beerwalde.

Allen werten Kunden, Freunden und Bekannten wünschen ein

glückliches neues Jahr!

Max Löwe und Frau,

Dippoldiswalde, Lederhandlung.

Herzlichen Glückwunsch zum Jahreswechsel

wünschen allen lieben Gästen, Freunden und Bekannten

Gasthaus zu den grünen Linden Reichstädt,

Rich. Hertloß und Frau.

Jugendverein „Seestern“.

Dienstag den 4. Januar 1921 abends

Monats-Versammlung

im Gasthof Malter.

Um zahlreiches Erscheinen der Mitglieder, besonders auch derjenigen, welche am Reigen und Theater teilnehmen wollen, bittet

D. S.

Wir suchen für sofort oder Ostern

1 Lehrling

für die kaufmännische Abteilung.

1 Zeichnerlehrling

für die technische Abteilung.

1 Tischlerlehrling

für die Fabrik Tischlerei.

1 Tischlerlehrling

für die Modell Tischlerei.

mehrere Lehrlinge

für die Maschinenbauerei und Dreherei.

Meldungen erbeten im Kontor Dippoldiswalde, Wittenberger Straße.

Rorich Hille, G. m. b. H., Motoren- und Maschinenfabrik.

Hierdurch die traurige Nachricht, daß in der Silvesternacht unsere liebe, treusorgende Mutter und Schwiegermutter

Frau Lina verm. Below

hier

wo sie Erholung suchte, nach langem, schwerem, mit großer Geduld ertragenem Leiden im 65. Lebensjahre sanft entschlafen ist.

Um stilles Beileid bitten

Dippoldiswalde, den 1. Januar 1921.

Ernst Below und Frau, Familie Köhler.

Die Beerdigung findet Dienstag den 4. Januar nachm. 3 Uhr von der Halle des Friedhofes aus statt.

Ein Jahr der Not.

Die Hoffnung vieler Kreise auf die Wiederkehr der geordneten Verhältnisse der Vorkriegszeit, hat sich im verfloßenen Jahre nicht erfüllt. Infolge der unheilvollen Wirkungen des Versailler Gewaltfriedens hat vielmehr die Not und das Elend des deutschen Volkes sich gar sehr verschlimmert. Die inneren Wirren trugen ihr Teil dazu bei, um das deutsche Wirtschaftsleben völlig zu erschüttern und die Notlage bis ins Unerträgliche zu steigern.

Schon gleich zu Beginn des Jahres kam es zu den schwersten innerpolitischen Ereignissen. Man erinnere sich an die blutigen Demonstrationen der radikalen Arbeiterchaft gegen das Betriebsrätegesetz vor dem Reichstag in Berlin. Die damalige Koalitionsregierung unter Führung des Mehrheitssozialisten Bauer mußte den Ausnahmezustand über ganz Norddeutschland verhängen, um die Ruhe und Ordnung im Reich aufrecht zu erhalten. Kaum hatten die Wellen der Erregung sich einigermaßen geglättet, da wurde das deutsche Volk durch den Rapp-Bußch und den darauffolgenden Generalstreik auf eine neue Probe gestellt. Regierung und Nationalversammlung mußten aus der Reichshauptstadt nach Süddeutschland flüchten. Zwar mußten Rapp und Lüttich sich nach wenigen Tagen bedingungslos unterwerfen, doch wußten die Kommunisten sich die Gelegenheit zunutze zu machen und entsetzten in rheinisch-westfälischen Industriegebiet, in Nord- und Mitteldeutschland blutige Aufstände, die nur mit größter Mühe von der Reichswehr niedergeschlagen werden konnten. Unermesslicher Schaden wurde dem deutschen Wirtschaftsleben zugefügt, der Produktionsprozeß wurde auf Wochen hinaus unterbrochen. Die Franzosen nahmen den Einmarsch der Reichswehr in die neutrale Zone des Ruhrgebietes zum Anlaß, um den Mainau zu besetzen, und erst nach Abschluß der Säuberungsaktion gaben sie die Städte Frankfurt, Darmstadt und Hanau wieder frei.

Nach dem Rapp-Bußch war dem Kabinett Bauer ein neues Koalitionsministerium Müller gefolgt. Bald darauf machten die Reichstagswahlen eine neue Regierungsbildung notwendig. Die Rechtssozialisten und die Demokraten hatten einen erheblichen Stimmenverlust, während die Reichspartei und die Linksozialisten einen großen Stimmenzuwachs verzeichnen konnten. Weithin war der Wahlausfall auch bei den einzelstaatlichen Wahlen. Nach langwierigen Verhandlungen kam eine bürgerliche Minderheitsregierung unter dem Reichsminister Fehrenbach zustande, die sich bis jetzt trotz mannigfacher Anstürme am Ruder halten konnte.

Am besten Situations hat es wahrlich nicht gekühlt. Durch die Unterzeichnung des Abkommens von Spa konnte die Besetzung des Ruhrgebietes durch die Entente noch einmal verhütet werden. Doch nur um einen schmerzlichen Preis. Ein großer Prozentsatz unserer Kohlenförderung wandert als „Wiedergutmachungskohle“ nach Frankreich und wird der deutschen Industrie entzogen. Eine Vermehrung der Produktion und Steigerung der Ausfuhr zur Herbeiführung einer aktiven Handelsbilanz ist aber unter diesen Umständen nicht möglich. Jede Hoffnung auf eine Besserung des Marktumsatzes, auf Preisabbau und Verbilligung der Lebensmittel ist vergebens. Die Ernährungslage hat sich zwar gegen die Kriegszeit entschieden gebessert, auch die Löhne und Gehälter sind sprunghaft in die Höhe geklettert, aber die Preise sind heute unerträglich höher als je. Auch hier besteht wenig Aussicht auf Besserung. Man wird sich vielmehr eher auf eine weitere Verteuerung der Lebensmittel (z. B. Brot) gefaßt machen müssen. Auch die Steuern sind ein wenig erfreuliches Kapitel. Und doch können mit den Steuerentnahmen nur geringe Bruchteile der Milliardenausgaben des Reichs gedeckt werden. Was wird das neue Jahr erst an Steuern bringen, wenn uns die Entschädigungsforderungen der Alliierten mitgeteilt worden sind? Das Jahr 1920 war schon eine Zeit bitterster Wirtschaftsnot, wie soll es da erst im neuen Jahre werden?

Trotz alledem lassen wir den Mut nicht sinken und uns den Glauben an Deutschlands Zukunft rauben. Wenn wir die Schattenseiten des letzten Jahres festgestellt haben, so müssen wir billigerweise auch gehen, daß sich doch auch manches gebessert hat. Trotz der großen Ausfälle durch die Streikbewegungen ist das Ergebnis der Arbeitsleistungen besser ausgefallen als im Vorjahre. Wiewohl sich eine erhebliche Zunahme der Arbeitslosigkeit festgestellt. Und wenn es uns gelingt, die Gegner allmählich zu überzeugen, daß eine Revision des Friedensvertrages auch in ihrem eigenen Interesse liegt, wenn wir eine erhöhte Steigerung der Produktion erzielen und selbst die größte Sparsamkeit walten lassen, dann braucht uns um den Wiederaufbau Deutschlands nicht bange zu sein. F.

Am Oberschlesien.

Polen als Warnung.

Die Polen machen fruchtbarste Anstrengungen, um die für sie günstigen Ergebnisse der nahenden Abstimmung in Oberschlesien herbeizuführen. Abgesehen davon, daß sie sich für das Verbleiben des Oberschlesien bei Deutschland als katastrophal für den Verlust für Deutschland äußern. Mit einer Friedensförderung von 4 1/2 Millionen Tonnen Kohle war Oberschlesien ein beachtlicher Faktor in unserer Kohlenförderung, die im vergangenen Jahr 191 Millionen Tonnen jährlich betrug. Diese Förderung ist für uns um so wichtiger, da uns die Braunkohlen ohnehin auf lange hinaus verloren sind und die Zeit der Ruhrkohlen nach dem Spa-Abkommen

an unsere früheren Feinde geliefert werden muß. Das ober-schlesische Kohlenrevier ist dabei verhältnismäßig noch ausbaufähig. Sein Steinkohlenvorrat wird mit 166 Milliarden Tonnen auf 40 Prozent unseres gesamten Bestandes geschätzt. Auch die Eisenerzproduktion, die 1918 eine Million Tonnen betrug, spielt in unserem wirtschaftlichen Haushalt eine bedeutsame Rolle. Daneben ist die Zinkproduktion von 170 000 Tonnen an sich gering, aber bei dem nicht sehr zahlreichen Vorkommen Deutschlands trotzdem außerordentlich wichtig.

Es kann gar keinem Zweifel unterliegen, daß der West-Oberschlesien für Deutschland eine Lebensfrage darstellt. Man braucht nur zu bedenken, daß in Oberschlesien 74 Aktiengesellschaften allein ein Aktienkapital von einer halben Milliarde Mark repräsentieren, d. h. Goldmark oder Friedensmark, also das Behn- bis Zwanzigfache in unseren jetzigen Werten ausgedrückt. Bemerkenswert ist übrigens dabei, daß sich dieser gesamte Besitz bis auf die Kleinigkeit von noch nicht einer Viertelmillion in deutschen Händen befindet, wie ja auch die Industrie dort ihre Wäse deutschem Fleisch und deutscher Lichtigkeit verkauft. Weithin steht es beim Grundbesitz: auf 1 Hektar polnischen Bodens kommen drei deutsche Hektar. Es ist auch viel zu wenig bekannt, daß sich in Oberschlesien kerndeutsche Bauernhöfe befinden, in denen polnisch kaum verstanden wird.

Die Wichtigkeit Oberschlesien für das Reich wird deshalb auch von unseren Gegnern gar nicht ernstlich bestritten. Wohin aber die „polnische Wirtschaft“ führt, das zeigt das Beispiel der Provinz Posen. In der Provinz Posen hat ein Jahr polnischer Herrschaft genügt, um das Land zu veröden. Die Provinz Posen ist immer Leberchuckgebiet gewesen, das nicht nur die benachbarten Industriezentren, sondern auch Berlin mit Nahrungsmitteln versorgt hat. Heute herrscht in der Provinz bereits fühlbarer Mangel an Lebensmitteln. Hinzu kommt, daß die deutsche Bevölkerung in Scharen das Land verläßt; ein Teil geht aus nationalen Gründen, weil er sich nicht vom Reich trennen will. Es gab aber auch viele andere, die bereit waren, zu bleiben, aus Liebe zur Scholle und als Schöpfer und Träger deutscher Kultur. Ein großer Teil von ihnen hat bereits, angeleitet von den polnischen Wirtschaftszuständen und der polnischen Verdrängung, den Kampf aufgegeben und die Heimat verlassen. Oberschlesien muß vor dem unfehligen Schicksal Posens bewahrt bleiben.

Ein neuer Schieberstandal.

Millionenschwindeln bei der Wumba.

Durch einen Zufall ist es gelungen, sehr großen Schieberungen bei dem Waffen- und Munitionsbeschaffungssamt (Wumba) auf die Spur zu kommen, die während des Krieges von einer Anzahl Personen verübt worden sind, und durch die, wenn sich die Ermittlungen des Landesfinanzamtes Essen bestätigten, das Reich ganz erheblich geschädigt worden ist.

Einer der Täter wurde bei dem Versuch, Effekten nach Holland zu schmuggeln, an der Grenze festgenommen. Nach längerem Verhör gefand er, den Kapitalkapitalismus im Auftrag eines Fabrikanten aus Essen ausgeführt zu haben. Das Landesfinanzamt in Essen ließ den Fabrikanten, der jetzt ein Vermögen von nahezu 45 Millionen Mark besitzt, durch Beamte beobachten und stellte fest, daß er identisch ist mit einem vor dem Kriege in Berlin wohnhaften Fischer, der sich nur mühsam durchs Leben schlagen konnte und in äußerst bescheidenen Verhältnissen lebte. Während des Krieges erhielt er von dem Waffen- und Munitionsbeschaffungssamt (Wumba) Aufträge zur Lieferung von Munitionskisten und Geräterwagen, die einen derartigen Umfang annehmen, daß er schließlich geradezu über ein Monopol verfügte. Dies soll ihm durch Berechnung eines Beamten möglich geworden sein. Auch wird ihm zur Last gelegt, daß bei der Berechnung der gelieferten Ware grobe Unregelmäßigkeiten vorgekommen sind.

Der Fabrikant wurde in Berlin mit mehreren Helfershelfern verhaftet. Der Standal dürfte voraussichtlich noch weitere Kreise ziehen.

Politische Rundschau.

— Berlin, 31. Dezember 1920.

— Deutschland und der Freistaat Danzig sind übereingekommen, gegenseitige Steuerbefreiungen fortan auszuüben.

— Der Papst hat der „Germania“ zum 50-jährigen Jubiläum seine herzlichsten Glückwünsche ausgesprochen.

— Die preussische Landjäger (Wendarmen) konnte am 30. Dezember auf ein 100-jähriges Bestehen zurückblicken.

— Von der Hamburger Bürgerchaft ist die Verfassung der Freien und Hansestadt Hamburg endgültig angenommen worden. Die Neuwahlen zur Bürgerchaft werden voraussichtlich am Anfang oder Mitte Februar stattfinden.

— **Wiedergutmachungsfrage und Sicherheitspolizei.** Reichsminister Simons hat zur Klärung der Mißverständnisse, die offensichtlich der neuen Entente-Note über die Auflösung der Sicherheitspolizei zugrunde liegen, Schritte sowohl durch die Posthalter bei der Entente unternommen, wie auch persönlich den französischen Posthalter Laurant in Berlin besucht. Die französische Presse stellt die Sache nun so dar, als ob die deutsche Regierung die Erfüllung der Wiedergutmachungspflicht von einem Verzicht Frankreichs auf die Durchführung der Abrüstung abhängig machen wolle. Davon kann natürlich keine Rede sein. Die deutsche Regierung denkt, wie die „F. Z.“ am Mittwoch

von maßgebender Stelle hört, selbstverständlich gar nicht daran, sich der im Vertrag von Versailles und in den anschließenden Abmachungen auferlegten Ab-rüstungen zu entziehen. Sie besteht aber auf dem ihr von den Alliierten zugestandenen Recht, Deutschland eine zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung im Innern geeignete Polizei zu sichern. Bei der Verteidigung dieses Rechtes gegenüber unredlichen Forderungen der interalliierten Kontrollkommission wies der Minister auch darauf hin, daß die Politik einer Verständigung über die Wiedergutmachungsfrage nicht im Einklang stehe mit einer Politik, die das deutsche Volk neuer schwerer Beunruhigung aussetzen müsse. Ähnliche Ausführungen hat auch Posthalter Dr. Mayer bei dem französischen Ministerpräsidenten Poincaré vorgebracht. Ein Ergebnis haben die von der Regierung unternommenen Schritte bisher nicht gehabt. Sollten etwa die heftigen Angriffe der Pariser Presse eine Vorbereitung auf eine abweisende Antwort der französischen Regierung sein?

— **Befürchtungen der Ruhrbergarbeiter.** Das „Hamburger Fremdenblatt“ meldet aus Berlin: Aus dem Ruhrrevier ist in Berlin eine Abordnung von Bergarbeitern eingetroffen, um in der Reichsfinanzlei die Forderung nach der raschen Entlohnung der bayerischen Einwohnern zu stellen, weil sie nicht weiter der Gefahr einer Besetzung des Ruhrgebietes ausgesetzt sein wollen. Die Forderung soll auch mit dem Verlangen begründet werden, daß bei einer weiteren ablehnenden Haltung Bayerns die Lieferung von Ruhrkohlen dorthin eingestellt werden soll. — Nach einer anderen halbamtlichen Meldung hat es sich bei der Besprechung in der Reichsfinanzlei lediglich um eine Aussprache über die Verwendung der fünf Goldmark aus dem Spa-Abkommen für die Verbesserung der Ernährung der Bergarbeiter gehandelt. Hierbei wurden wieder Forderungen gestellt nach Zulagen oemacht. Die rückhaltlose Aussprache habe vielmehr zu einem guten Einvernehmen und zu gegenseitiger Aufklärung wesentlich beigetragen.

— **Anzeigespflicht für die Herstellung von Waffen und Munition.** Wie die „Germania“ erklärt, soll ein Gesetzentwurf über die Herstellung von Waffen und Munition von der Regierung vorbereitet sein. Darin wird eine Anzeigepflicht für die Herstellung von Waffen und Munition vorgezogen. Eine besondere Genehmigung für die Herstellung ist offenbar nicht geplant.

— **„Deutsche Allgemeine Zeitung“ und preussische Staatsregierung.** Der preussische Ministerpräsident Braun hat in Ausführung des Beschlusses der Preussischen Landesversammlung vom 16. Dezember eine Verfügung erlassen, wonach die Beziehungen der preussischen Regierung zur „Deutschen Allgem. Zeitung“ wegen des Artikels „Bürgertum und Wahlen“ sofort zu lösen sind. In diesem Beitrag der „D. A. Z.“ war zum Wahlkampf des gesamten Bürgertums gegen die Sozialdemokratie aufgerufen. Der Ministerpräsident erklärt dazu, daß dadurch in größtmöglicher Weise die Grundlage des Vertrages, der in der Forderung einer geschickten und würdigen Vertretung der Politik der Staatsregierung besteht, verletzt wird. Zweifellos gehe der Artikel darauf aus, die gegenwärtige Staatsregierung, in der die Sozialdemokratische Partei vertreten sei, anzugreifen und herabzusetzen. Die Verfügung des Ministerpräsidenten betont, daß der Artikel keinen Einzelfall darstellt, sondern nur ein besonders krasses Beispiel für die Tätigkeit der Stimmengruppe in der von ihr abhängigen „D. A. Z.“ ist. Aus diesem Grunde rechtfertige sich die sofortige Vertragskündigung, da der Verlag das Vertrauen der Staatsregierung verliere.

80 Milliarden Defizit.

In einer Versammlung des Volksvereins für das katholische Deutschland in Freiburg i. Br. sprach Reichsfinanzminister Dr. Wirth über Fragen der inneren Politik. Er schilderte die trostlose Lage der Reichsfinanzen und wies darauf hin, daß das Rechnungsjahr 1920 mit einem Fehlbetrag von 80 Milliarden abschließen. Ein neuer Ergänzungsetat mit rund 12 Milliarden werde demnächst dem Reichstage zugehen. Dem hin und her in der Sozialisationsfrage müsse ein Ende gemacht werden, und der Gesetzentwurf, der dem Reichstage demnächst zugehen werde, werde den Grundlag aufstellen, daß die Schätze des Bodens Eigentum der Allgemeinheit seien. Die gesamte deutsche Politik müsse auf den Versailler Friedensvertrag eingestellt werden. Allerdings könnten keine finanziellen Verpflichtungen nur dann erfüllt werden, wenn die technischen Voraussetzungen gegeben seien. Die als Reparation von französischer Seite immer wieder genannte Summe von 262 Milliarden Goldmark stelle den jetzigen Wert des gesamten deutschen Volkvermögens dar. Das könne man nicht leisten. Aus dem und in Brüssel vorgelegten Fragebogen könne die deutsche Beamtenchaft ersehen, wie gefährlich es sei, eine unkluge Politik zu treiben. Ueber die in der Beamtenchaft herrschende Stimmung sei er unterrichtet. Es sei ein großes Spiel, was die Beamtenchaft hier beginne. Sie dürfe nicht übersehen, daß sie sich der Verantwortung nicht entziehen könne.

Die Eisenbahn beim Reichsverkehrsminister.

Am Mittwoch nachmittag empfing der Reichsverkehrsminister G r o e n e r die Sechsechskommission der Eisenbahnerorganisationen zu einer mehrstündigen grundsätzlichen Aussprache über die von ihnen vertretenen Forderungen. Der Minister und sein Staatssekretär berichteten über die Verhandlungen der Staatssekretäre vom 28. Dezember. deren Ergebnis wird den Inhalt von Beratungen bilden, die am 8. Januar im Reichsfinanzministerium beginnen.

Wirtschaftliche Notizen über französische Garnisonen.

Vor einiger Zeit kehrten zum ersten Male zahlreiche Rekruten aus Mähren und der Gegend um Glogau auf Urlaub aus ihren inneren französischen Garnisonen in die Heimat zurück. Ihre Erzählungen über Unterbringung, Behandlung und Verpflegung ergaben zum größten Teil ein trostloses Bild. Die Garnisonen starrten von Schmutz, Dreck und Wäsche nicht minder.

Keberall Mangel an hygienischen und sanitären Einrichtungen, oft sogar an reinem Trinkwasser. Dabei ist die Verpflegung sehr schlecht. Dies alles wird durch die schlechte Behandlung übertrieben. Die jungen Leute verstehen in den meisten Fällen den Befehl nicht und werden dann als Boche bezeichnet. Als sich die Glogauer in Mähren zum Rücktransport aus dem Urlaub sammelten, zogen Hunderte, die Nacht am Rhein singend, zum Bahnhof.

Absetzung eines deutschen Plebiszitkommissars.

Der deutsche Plebiszitkommissar für den Kreis Woborn, Studiendirektor Prof. Wänzer, ist vom Kreis-Inspektoren im Auftrage der internationalen Kommission entsetzt worden, sein Amt als Plebiszitkommissar niederzulegen, weil er Beamter sei.

Die französischen Sozialisten für Moskau.

Der sozialistische Parteitag in Tours hat Mittwoch nachmittag die Debatte über den Anschluß an die dritte Internationale beendet und hat sich mit 3252 Mandaten von 4763 für den Anschluß an die kommunistische Internationale ausgesprochen. Für die mittlere Richtung Conguet erklärten sich 1023 Mandate. Die Tagesordnung Blum, die für die zweite Internationale eintritt, wurde zurückgezogen; ihre Anhänger, 397, haben sich der Abstimmung enthalten.

Amerikanischer Milliardenkredit für Deutschland.

Nach einer Meldung aus Washington hat das republikanische Mitglied des Repräsentantenhauses für Ohio Simeon Hefz jetzt im Kongreß die seit langem vorbereitete Vorlage über die Gewährung eines Kredits von einer Milliarde Dollar an Deutschland und Oesterreich eingebracht. In der kommenden Woche wird der Antrag auch dem Senat unterbreitet werden.

England: Neber eine Million Arbeitslose.

Die Arbeitslosigkeit hat auch in England katastrophale Formen angenommen. Nach einer Mitteilung des Londoner Arbeiterblattes „Daily Herald“ zählte man Mitte Dezember rund 1.100.000 Arbeitslose nebst 3/4 Millionen Angehörigen. Das sind also über 4.200.000 Menschen, die im steigenden Großbritannien unter den Folgen der schweren Wirtschaftskrise leiden, während wir in Deutschland etwa 700.000 unterstützte Erwerbslosen einschließlich der Familienangehörigen haben. Eine der Hauptursachen dieser Krise liegt in dem viel zu „günstigen“ Stand der englischen Baluta gegenüber allen anderen Ländern. Selbst Frankreich und Italien sind nicht mehr in der Lage, die teuren englischen Waren einzuführen. Da die ausländischen Aufträge ausbleiben und der Absatz völlig stockt, ist die Mehrzahl der englischen Industriebetriebe zur Stilllegung gezwungen. Hunderttausende von englischen Arbeitern müssen jetzt die schlimmen Folgen des Versalles Friedens am eigenen Leib spüren und die Fehler der Entente-Staatsmänner büßen. Wenn die Kaufkraft der besiegten Länder nicht halb durch eine gründliche Revision des Weltfriedens gehoben wird, dann dürften dem englischen Wirtschaftsleben weitere Erschütterungen kaum erspart bleiben. — Genau dieselbe Erfahrung müssen jetzt übrigens die Vereinigten Staaten machen, wo infolge der Absatzstörung augenblicklich über 2 1/2 Millionen Arbeiter zum Heuern gezwungen sind. Auch in Frankreich beginnt die immer mehr anwachsende Arbeitslosigkeit den Behörden große Sorgen zu machen. In zahlreichen Industriezweigen haben die Arbeitgeber die Arbeitszeit eingeschränkt und die Löhne herabgesetzt.

Aus Stadt und Land.

Beschlagnahme von verborgenem Flugzeugmaterial. Auf einem Grundstück in Kößlin, das der Major a. D. Huch bewohnt, wurde von der Kolberger und Kößliner Kriminalpolizei Flugzeugmaterial im Werte von mehreren Millionen Mark beschlagnahmt. Wie die „Vollstz. f. Hinterbommern“ bemerkt, handelt es sich wohl um verborgen gehaltenes Heeresgut. In der Scheune des Landhauses wurden 19 große Kisten, 8 mittlere und 14 kleinere Kisten beschlagnahmt, die auf zwei Kollwagen abtransportiert wurden. Die 19 großen Kisten enthalten wahrscheinlich Flugzeugmotoren. In den übrigen Kisten wurden photographische Instrumente, wie sie zu Aufnahmen aus den Flugzeugapparaten von den Fliegern benutzt wurden, gefunden.

Für zwei Millionen Gold beschlagnahmt. Einer großen Goldschlebung ist die Polizei in Groß-Berlin auf die Spur gekommen. Vorläufig ist es gelungen, einen Ungarn festzunehmen. Die Steglitzer Kriminalpolizei beschlagnahmte Goldmengen im Werte von über zwei Millionen Mark, die zu den Beständen gehörten, die nach dem Auslande verschoben werden sollten. Die Ermittlungen nach den Komplizen des Ungarn sind im Gange.

Die Wohnungsnot im besetzten Gebiet. Die französische Besatzungsbehörde hat an den Oberbürgermeister der Stadt Ludwigshafen die Forderung gestellt, innerhalb eines Zeitraumes von vier bis fünf Tagen eine größere Anzahl von Wohnungen für Unteroffiziersfamilien zur Verfügung zu stellen und einzurichten, widrigenfalls sie veranlassen würde, daß der erste Bürgermeister vor das Polizeigericht gestellt werde. Angesichts dieser Drohung hat das Bürgermeisteramt Auftrag zur Einrichtung einer Anzahl Wohnungen gegeben, hat aber Protest gegen dieses Ansinnen erhoben, da die Reichsvermögensverwaltung einen früheren Antrag dieser Art abschlägig beschieden hat und die Kosten für die Einrichtung somit vorläufig von der Stadt Ludwigshafen getragen werden müssen.

Massenkündigung wegen Verweigerung der Notlandarbeiten. Die Direktion des Hirsch-Rupfer-Werkes in Alzenburg a. Harz hat, nachdem die 2000 Mann starke Belegschaft in den Streik getreten ist, der gesamten Belegschaft risikolos gekündigt. Durch den Streik und insbesondere durch die Verweigerung der Notlandarbeiten an den Hochöfen erwächst der Gesellschaft ein ungeheurer Schaden.

Postraub in Braunschweig. Wie die „Braunschweiger Neuesten Nachrichten“ melden, wurde am

vorwiegend auf das mitten in der Stadt gelegene Postamt am Hagenberg ein großer Raubüberfall ausgeführt. Als eine amtliche Geldkiste mit 51.750 Mark in den Postkistenwagen verladen werden sollte, erschienen drei mit Revolvern bewaffnete Männer und erzwangen die Herausgabe der Geldkiste, mit der sie verschwanden.

Eine Aktiengesellschaft wegen Millionenwunders angeklagt. Die bayerische Bucherabwehrkontrolle teilt mit, daß eine bei den Deutschen Werken W.-G. in München-Oberwiesfeld vorgenommene Durchsuhung der Räumlichkeiten zu einer Strafanzeige wegen Kettenhandels und Preiswunders führte. Es handelt sich um Rohmaterial im Verkaufswerte von fünf Millionen Mark.

Das Erdbeben in Argentinien hat furchtbare Verwüstungen angerichtet. Die Toten zählen nach Tausenden, die Verwundeten stellen eine unzählbare Menge dar. Die Bevölkerung ist aus den Städten geflohen und tritt in wahnsinnigem Schrecken auf dem Lande umher. An verschiedenen Stellen haben sich ungeheure Felsblöcke vom Gebirge losgelöst, und aus den Öffnungen sprudeln heißes Wasser und giftige Gase hervor. Eine große Anzahl von Ortschaften ist vollkommen vernichtet und es fehlt jede Nachricht über sie. Die Hauptstadt Mendoza ist schon einmal, am 20. März 1861, von einem furchtbaren Erdbeben getroffen worden, das 10.000 Menschen das Leben kostete und die Stadt völlig zerstörte. Die argentinische Regierung hat sofort eine große Hilfsaktion eingeleitet. Mit den kürzlich gekauften Flugzeugen versucht die argentinische Regierung Lebensmittel und Medikamente in die Gegenden zu bringen, die mit der Eisenbahn nicht erreichbar sind. — Die große Provinz Neocaghua in Chile ist ebenfalls in ihrer ganzen Ausdehnung vom Erdbeben betroffen worden. Ganze Dörfer sind zerstört. Sechs Vulkane sind in voller Tätigkeit; die Hügel haben ganze Länderstrecken überschwemmt und die Siedelungen zerstört.

Choleraepidemie in Tschataldscha. Eine Choleraepidemie ist in dem russischen Flüchtlingslager in Tschataldscha westlich Konstantinopel ausgebrochen. Bisher wurden eine größere Anzahl Fälle gemeldet, von denen 20 tödlich verliefen. Die Bulgaren verloren feinerzeit im Balkankriege an der Tschataldscha-Linie über 20.000 Mann durch Cholera.

Kleine Nachrichten.

Nach einer kurzen Auseinandersetzung schoß der 35-jährige Reisende Hermann Osterberger in München seine mit ihm in Scheidung lebende 34 Jahre alte Frau nieder, verletzte sie schwer und tötete sich dann selbst.

Den Rekord im Streifen hat nach einer Zeit in London veröffentlichten Statistik Italien geschlagen. Im „Land, wo die Zitronen blühen“, ist das Streifen noch „vollständiger“, als in Deutschland, das erst an zweiter Stelle der höchststreifenden Länder steht. Frankreich hat den dritten Platz ergattert und ihm folgen dann: Amerika, Spanien, Australien, England, Schweden, Belgien und Oesterreich. Oesterreich ist also das Kulturland, in dem am wenigsten gestreift wird. Zugrunde gelegt ist dieser Reihenfolge die Anzahl der Streifen und die Zahl der verlorenen Arbeitstage in den ersten sechs Monaten des Jahres 1920. Die Gesamtzahlen sind: über 100 Millionen verlorene Arbeitstage bei circa 9 Millionen Streifenenden. Es dürfte nicht schwer sein, sich auf Grund dieser Zahlen ein Bild von den unermessbaren Verlusten zu machen, die der Weltwirtschaft, ganz besonders aber der deutschen Wirtschaft durch die Streiks zugefügt worden sind.

Gerichtssaal.

Prozess wegen Landfriedensbruchs. Vor der Obergerichtsstammer begann die Verhandlung gegen 33 wegen Landfriedensbruchs angeklagte Personen, fast durchweg Arbeiter und Handwerker aus Doherswerda und Umgebung. Der Anklage liegen die Vorgänge vom 16. April 1919 zugrunde, während derer Landrat Dr. Hegenfeldt von einer aufgeregten Menge mißhandelt worden ist.

Der Raub in der Vulkanwerft. Wegen die am Raub in der Vulkanwerft Beteiligten wurde jetzt vom Landgericht Stettin das Urteil gefällt. Zwei Teilnehmer erhielten vier Jahre Zuchthaus, zwei andere drei Jahre Gefängnis, vier Teilnehmer Gefängnisstrafen bis zu einem Jahr, ein Teilnehmer ist freigesprochen. Von den geraubten 1 1/2 Millionen Mark sind bis jetzt 200.000 Mark herbeigekämpft worden.

Soziales.

Zusammenschluß der Postbeamten. Der Verband der Reichspost- und Telegraphenbeamten (ungefähr 40.000 Mitglieder) hat grundsätzlich beschlossen, an der Ausgestaltung der Reichspostgewerkschaft der Post- und Telegraphenbeamten positiv mitzuarbeiten. Damit wird die Reichspostgewerkschaft die erste Viertelmillion Mitglieder erreichen. Auch mit den übrigen postähnlichen Beamtenverbänden sind Verhandlungen eingeleitet.

Scherz und Ernst.

Entscheidung der Sammelnot durch das Porzellangelde. Die Absicht des sächsischen Finanzministeriums, zur Hebung der Kleingeldnot Porzellangelde auszugeben, hat die Münzsammler, man kann getrost sagen der ganzen Welt, mobil gemacht. Schon jetzt sind eine Unmenge Bestellungen auf das neue Geld eingegangen, so daß es sich fast lohnen würde, das Geld lediglich für die Sammler herzustellen. Einige Bestellungen aus Amerika entbehren insofern nicht eines besonderen Reizes, als darin als Gegenwert für das Porzellangelde Lebensmittel, Kleider und Stoffe angeboten werden. Andere Besteller bieten fabelhafte Summen für ein wenig Porzellangelde, so daß die sächsische Regierung tatsächlich ein gutes Geschäft machen könnte. Daran ist natürlich nicht gedacht und das einzige Entgegenkommen des Finanzministeriums dem Sammler gegenüber ist, daß ein Teil des Porzellangeldes der Weltpreiser Manufaktur zum Verkauf an Sammler mit einem kleinen Aufschlag überlassen wird. Der eigentliche Zweck des Geldes soll die Hebung der Kleingeldnot bleiben.

Preiserhöhung für Kohlen. Gegen den Widerspruch der Regierung hat der Große Ausschuß des Reichskohlenrates und des Reichshändlerverbandes eine Erhöhung der Kohlenpreise beschlossen. Die Regierung lehnte die Preiserhöhung für Rheinland-Westfalen, Niederrhein, Mitteldeutschland und Ostelbien ab. Geringfügig wurde zum Ausgleich bereits zurückliegender, die Selbstkosten stark belastender Ausgaben eine Beanstandung nicht, oder nur teilweise für die sächsischen Steinkohlenreviere und für Braunkohle aus den Revieren Frankfurt a. O., Oberrhein, Rassel, für bayerische Braunkohle und für rheinische Braunkohlenreviere.

Schlut an der Arbeit.

Wie ein Berliner Blatt zu berichten weiß, hat der bisherige Führer der Berliner Elektrizitätsarbeiter, Schlut, der bis vor kurzem Obmann des Betriebsrates in den städtischen Elektrizitätswerken war, und den bekanntlich wegen seiner Haltung beim letzten Streik der Elektrizitätsarbeiter aus dem Verband der Heizer und Maschinenisten ausgeschlossen wurde, jetzt eine neue Organisation geschaffen, die offiziell wirtschaftlichen Zwecken ihre Entstehung verdankt, die aber, wie sich bald zeigen dürfte, bestimmte politische Ziele verfolgt. Es handelt sich um die Zusammenfassung der Elektrizitätsarbeiter, der in den Gaspaer Kraftwerken beschäftigten Personen und der Arbeiter in den kleineren städtischen und städtischen Elektrizitätszentralen. Die neue Organisation ist bestrebt, ihren Angehörigen neue Lohnsätze zu schaffen, steht aber vor, daß bei Streiks und Arbeitsniederlegung volle Solidarität der Untergruppen ausgeübt wird. Von den 1800 Berliner Elektrizitätsarbeitern haben sich, sicherem Bernehmen nach, etwa 500 bis 600 dieser Vereinigung angeschlossen, und man versucht mit allen Mitteln, die Berliner Elektrizitätsarbeiter restlos zu erfassen. Der Zweck dieser Neugründung dürfte letzten Endes darin zu suchen sein, daß bei einem Ausstand, etwa in Berlin, sämtliche Kraftzentralen in der Mark und in Mitteldeutschland lahmgelegt werden, um den Forderungen der Streikenden gehörigen Nachdruck zu verleihen.

Es ist noch nicht allzu lange her, daß man sich mit der Person dieses Heizers nachdrücklich befaßte und er muß wohl annehmen, daß die Arbeiterschaft, der damals über ihn die Augen geöffnet wurde, ein sehr kurzes Gedächtnis hat, wenn er jetzt wieder auf diese Besorgnis rechnet.

Ob er sich getäuscht hat?

Das Ende vom Lied.

Einer Nachricht aus Halle zufolge wurde der Kommunistenführer Schöber durch die Polizeibehörde dem Arbeiterhaufe überwiesen. Er hatte es nicht mit seinen Ansichten vereinbaren können, für seine Frau und 6 kleine Kinder zu sorgen, die seit Monaten völlig mittellos waren.

Handelt es sich auch in diesem Falle wieder um einen Arbeitsscheuen und Tageblieb, so muß man sich über die Massen wundern, die derartige Subjekte als „Führer“ anerkennen, sobald sie — wie in diesem Falle — sogar einige Zeit in Erlieben Polizeipräsident spielen konnten.

Andernfalls treibt hier — und nicht zum ersten Male — die Lehre vom Kommunismus wunderbare Blüten, die zu dem Gedanken berechtigen, daß die Idee des Kommunismus an sich etwas Wundervolles ist. Da aber — wie erwiesen — undurchführbar, ist es mehr oder weniger eine Gelegenheit, große Worte zu machen, anstatt die Hand an die Tagesarbeit zu legen, also eine und materiell wie ideell ruinierende Tagesleberei.

Schlemmerdiners.

Die Berliner „Rote Fahne“ brachte kürzlich die Schilderung des Lebenswandels eines Schieberpaares in dem bekannten Hotel Adlon, die jedem Rechtlichdenkenden die Hornesbrüste ins Gesicht treibt. Nach dieser Schilderung kleidet sich ein solcher Schieber in feine Wäsche, hat Duzende von Anzügen und Brillanten auf den schlüssigen Händen, da nimmt seine „Dame“ jeden Morgen ein parfümiertes Bad. Von Morgen bis zum Abend wird gefressen und gesoffen, jedes Menü kostet täglich „900 bis 1000 Mark“ und während die Kinder der Armen darben und hungern, erhält der weiße Epig der „Dame“ täglich ein Viertel Liter Milch und jeden zweiten Tag ein ganzes Beefsteak zu 45 Mark!

So leben die Schieber in Deutschland, während Hunderttausende in Not und Elend verkommen. Was sich etwas Unstänbgeföhl, nur einen Funken Gerechtigkeitsföhl bewahrt hat, muß die Enttäuschung des kommunistischen Blattes über derartige Zustände voll und ganz teilen.

Nur vergaß die „Rote Fahne“ dabei gänzlich, aus welchen Kreisen derartige Schieber heute nur zu häufig stammen. Als Beweis hierfür ein anderes Bild, das uns eine Berliner Korrespondenz übermitteln:

In der Fasanenstraße in Berlin sitzen in einem teuren Schlemmerlokal einige Mitglieder der hiesigen bolschewistischen Belegschaft, der „Russischen, Sozialistischen, Föderativen Sowjetrepublik“, mit einem höheren deutschen Beamten zusammen, dessen angebliche Verdienste um das Los der gefangenen Deutschen in Rußland kürzlich von Regierungsseite im Reichstag besonders hervorgehoben wurde. In diesem Restaurant kann man „pauschal“ für 1000 Mark essen und trinken, was man nur will!

Warum erregt sich die „Rote Fahne“ über das Schieberpaar im Hotel Adlon, und warum sind ihre die Reddelage und 1000-Mark-Diners in der Fasanenstraße sakrosankt? Warum verweigert das kommunistische Blatt, daß die Vertreter der Regierung, die in Rußland das russische Volk ausgezogen und ausgeplündert hat und in Strömen von Blut wadet — mit dreifacher Strenge auf deutschem Boden in deutschem Sekt, froh und fröhlich die Verdienste der Sowjetbespoten begießen können. Nach Ansicht der „Roten Fahne“ haben die Bolschewisten offenbar so Großes für das wertvolle Volk geleistet, daß man ihnen 1000-Mark-Diners ruhig gönnen kann, besonders wenn ein „Berliner“ deutscher Beamter zugewogen ist.